

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/219

14. November 1972

Nimmt die CDU Abschied von der Bildungsreform?

"Unions"-Bildungspolitik auf dem Weg zurück
vor 1969

Von Dr. Klaus von Bohnanyi / Bundesminister
Seite 1 und 1a / 93 Zeilen

CDU/CSU: Parteien ohne Alternativen

"Unions"-Vertreter sitzen in allen Planungsräten

Von Dr. Diether Posser / SPD-Vorstandsmitglied
Seite 2 und 2a / 65 Zeilen

800 Wissenschaftler bekennen sich zu Brandt

"Nur seine Regierung bietet Gewähr für Zukunftssicherung"

Seite 3 und 4 / 50 Zeilen

Erfolge im Kampf an der Drogenfront

SPD-regierte Stadtstaaten leisten Schrittmacherdienste

Von Heinz Ruhnau / Innensenator
Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Frauen bestehen auf ihrem Recht

Mehr weibliche Abgeordnete in den Bundestag

Von Annemarie Renger / SPD-Präsidiumsmitglied
Seite 7 und 8 / 72 Zeilen

Verbesserung der Qualität des Lebens

Weichenstellung für gesellschaftspolitische Reformen

Von Käthe Strobel / Bundesminister
Seite 9 bis 13 / 222 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

- * Wir setzen heute den zwanglosen Abdruck einer
- * Serie "Rückblick und Ausblick" fort, in der
- * die sozialdemokratischen Bundesminister über
- * ihre Tätigkeit und ihre Arbeitspläne be-
- * richten.

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Präsenzhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 98
Telefax: 888 848 / 888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Nimmt die CDU Abschied von der Bildungsreform ?

"Unions"-Bildungspolitik auf dem Weg zurück vor 1969

Von Dr. Klaus von Dohnanyi

Bundesminister für Wissenschaft und Bildung.

Es ist ein ebenso bemerkenswerter wie beunruhigender Tatbestand, daß die CDU in den letzten Wochen begonnen hat, die ihr in dreijähriger gemeinsamer Bildungsplanung vom Bund und von SPD-geführten Ländern abgerungenen bildungspolitischen Fortschritte wieder in Frage zu stellen.

Am 18. Oktober 1971 hatten noch alle Kultusminister der Länder und der Bund dem Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan zugestimmt. Noch am 26. Mai 1972 hatten die Ministerpräsidenten aller Länder und der Bundeskanzler den Plan als "eine geeignete Grundlage" für die weitere Arbeit bezeichnet. In der Zwischenzeit mehren sich aber die Stimmen in der CDU, die diese gemeinsame Planung als Ergebnis der "Fähigkeit zur Selbsttäuschung" (so der Stuttgarter CDU-Ministerpräsident Filbinger laut "FAZ" am 26. Oktober 1972 vor dem baden-württembergischen Landtag) abwerten. Es handelt sich im Bereich der zahlenmäßigen Übereinstimmung doch nur um Ziele, die, gemessen an internationalen Maßstäben, lediglich in einer Beziehung bemerkenswert sind: nämlich daß sie für die Bundesrepublik erst Mitte der achtziger Jahre erreichbar erscheinen, während andere, nicht wohlhabendere Staaten diese Ziele bereits heute verwirklicht haben. Wer diese Ziele heute als utopisch bezeichnet, nimmt in der Tat Abschied von der Bildungsreform.

Im Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan hatten sich alle Länder darauf verständigt, durch entsprechende schulorganisatorische Maßnahmen die "vorzeitige Festlegung der Schüler auf bestimmte Bildungsgänge" und damit Berufschancen zu vermeiden. Wer meint, daß Weichenstellung bei den Zehnjährigen zu "frühzeitig" sei, muß eigentlich im Prinzip der Gesamtschule und der wirklich offenen "Orientierungsstufe" (5. und 6. Klasse) zustimmen. Die CDU-geführten Länder hatten am 18. Oktober 1971 übereinstimmend zugesagt, "Neubauten grundsätzlich als Schulzentren zu planen".

Informationen aus Bayern und Baden-Württemberg, aber auch aus Schleswig-Holstein, lassen jedoch erkennen, daß mindestens diese Länder offenbar nicht bereit sind, sich konsequent an diesen Beschluß zu halten, der doch verhindern würde, daß erneut Fehlinvestitionen in falschen Schulstandorten gemacht werden. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die zunehmende Verhärtung der CDU gegenüber der Gesamtschule, ohne daß von der CDU irgendein anderer Vorschlag gemacht würde, wie die sozial benachteiligende Schulentcheidung für die Zehnjährigen (Hauptschule, Realschule oder Gymnasium) vermieden werden kann. Im Gegenteil: Man hört immer häufiger Bemerkungen über "Begabungszeichen" der kleineren Kinder, die offenbar eine Verfestigung des dreigliedrigen Schulsystems als gerechtfertigt erscheinen lassen sollen. Wer so denkt, der könnte auch die Aufnahmeprüfung in das Gymnasium wieder ausgraben.

Leider hat die Fressenotiz des zum fortschrittlichen Flügel

der CDU-Bildungspolitik gehörenden rheinland-pfälzischen Kultusministers Vogel vom 10. November 1972 im parteioffiziellen CDU-Pressedienst den Verdacht genährt, daß die Frage der zu frühen Weichenstellung in der Schule von der CDU nicht ernst genommen wird. Schon sein im baden-württembergischen Landtagswahlkampf geäußert und mindestens mißverständlicher Satz: "nicht jedem die gleiche Chance, sondern jedem seine Chance" wurde nun übertroffen durch die Feststellung, die sozialdemokratische Bildungspolitik verweigere 70 vH. aller Jugendlichen Chancengerechtigkeit (wohl gemerkt: nicht Chancengleichheit!) durch einseitige Konzentration auf das allgemeinbildende Schulwesen, weil - man höre und staune! - eine gleichwertige und gleichberechtigte berufliche Bildung nur durch "ein begebungs- und bedarfsgerecht gegliedertes Bildungssystem zu gewährleisten sei". Und im gleichen Atemzug wird sodann dem Lande Hessen die Überfüllung der Gesamtschulplanung und die Untererfüllung der Berufsschulplanung vorgeworfen!

Nimmt man diese Bemerkungen des Vorsitzenden des Bundeskulturausschusses der CDU ernst - und dies muß man wohl, denn Vogel wäre ja Aspirant auf den Posten des Bundesministers für Bildung in einem Kabinett Barzel -, so kann man nur schließen, daß die CDU einer sozial orientierten Bildungsreform endgültig den Rücken gekehrt hat. Denn die Reform der beruflichen Bildung - Übrigens: Erhard nannte die Berufsbildung noch 1963 in seiner Regierungserklärung "mustergültig", kein Wunder also, daß wir heute damit Sorgen haben - ist kein Ersatz für ein auf Chancengleichheit ausgerichtetes Schulwesen. Vogels Alternative heißt: Laßt uns die Weichen nur weiterhin früh stellen - Hauptsache jeder erhält dann im Rahmen seiner Chancen eine zweckmäßige Berufsbildung. Die besser Betuchten in der Universität, die schlechter Situierten im dualen System. Wer Arbeiter ist, darf Arbeiter bleiben.

So hatten wir nicht gewettet! Die Verbesserung der "beruflichen Bildung" auf allen Ebenen jenseits der neun- oder zehnjährigen Schulpflicht kann nur dann ein Leistungselement sinnvoll enthalten, wenn bis dahin die Leistungschancen gleich waren und ungleiche Startchancen soweit wie möglich ausgeglichen wurden. Gleichwertige Berufsbildung mit Leistungsnachweisen setzt also eine demokratische Schulreform voraus und ist kein Ersatz für diese.

Es ist gut, daß daß nun noch deutlicher wurde als bisher: Am 19. November wird auch darüber entschieden, ob in den kommenden Jahren von Bonn aus die Bildungsreform gefördert oder aus Gruppeninteressen gebremst wird. Die CDU will offenbar zurück vor 1969.

(-/14.11.1972/ks/ex)

+ * +

CDU/CSU: Parteien ohne Alternativen

"Unions"-Vertreter sitzen in allen Planungsräten

Von Dr. Diether Posser

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

CDU und CSU sind nicht zimperlich in dem Versuch, fremde Ideen als eigene Denkarbeit darzustellen. Hans Katzer wird als "Vater der Rentenreform" gepriesen, obwohl Walter Arendt das Reformpaket vorgelegt und die Opposition bis vor einigen Monaten die flexible Altersgrenze und strukturelle Verbesserungen, wie die "Rente nach Mindesteinkommen", entschieden abgelehnt hat. Der vorläufig noch als "Schatten"-Wirtschaftsminister geführte CDU-Politiker Dr. Narjes propagiert Vorschläge für ein besseres Wettbewerbsrecht, so z.B. Fusionskontrolle, verschärfte Mißbrauchsaufsicht und Kooperation kleinerer und mittlerer Unternehmer als Gegengewicht gegen die Großen, die in der Kartellgesetzesnovelle der sozialliberalen Koalition enthalten waren, aber nicht zuletzt wegen der Haltung von CDU und CSU im Bundestag nicht mehr verabschiedet werden konnten. Ähnlich versucht die Opposition, ihre bisher ausgebliebenen Alternativvorstellungen zur Konjunkturpolitik durch "Anleihen" bei den Plänen der Bundesregierung vergessen zu lassen.

Es ist auch viel zu wenig bekannt, daß CDU und CSU in den maßgebenden Gremien vertreten sind, die die konjunkturpolitischen Maßnahmen zu beraten haben. Alle "Unions"-geführten Bundesländer haben Sitz und Stimme sowohl im Finanzplanungsrat als auch im Konjunkturrat für die öffentliche Hand. Nach § 18 des Grundgesetzes "zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 berät der Konjunkturrat in regelmäßigen Abständen alle zur Erreichung der Ziele des Stabilitätsgesetzes erforderlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen sowie die Möglichkeiten der Deckung des Kreditbedarfs der öffentlichen Haushalte. Nach § 51 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 gibt der Finanzplanungsrat Empfehlungen für die Finanzplanungen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Dabei werden "die vom Konjunkturrat für die öffentliche Hand zur Erreichung der Ziele des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums

der Wirtschaft für erforderlich gehaltenen Maßnahmen berücksichtigt".

Auch im Bundesrat, dem neben dem Bundestag bestehenden Gesetzgebungsorgan, in dem die "Unions"-geführten Bundesländer die Mehrheit besitzen, ist niemals ein Alternativvorschlag zu den Maßnahmen der Bundesregierung zu hören gewesen. Die Opposition, die sich ungescheut fremde Federn an ihren Hut steckt, hätte sicherlich alles getan, um ihr Urheberrecht an etwaigen Vorschlägen zur Preisdämpfung bekannt zu machen. Tatsächlich hat sie alle Maßnahmen der Bundesregierung zur außenwirtschaftlichen Absicherung, zur Konjunkturausgleichsrücklage, zum zeitweiligen Konjunkturzuschlag auf die Einkommen- und Lohnsteuer usw. gebilligt.

Jetzt versuchen CDU und CSU den früheren Wirtschafts- und Finanzminister Prof. Dr. Schiller, den sie bis vor fünf Monaten als "totalen Versager" und "Inflationsminister" angegriffen haben, als Berater für die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik einer etwaigen Barzel/Strauß-Regierung zu gewinnen. Schlechter konnte die Opposition nicht beweisen, daß sie keine Alternative hat. Wenn es eine Alternative gegeben hätte, dann würde sie von der Opposition auch sicherlich befreundeten Regierungen im Ausland mitgeteilt worden sein, weil dort die Teuerungswelle noch stärker ist. Der Propagandasatz "Wo Sozialdemokraten regieren, herrscht Inflation" erweist sich als Bumerang, weil in Großbritannien, den Niederlanden oder in Italien, wo keine Sozialdemokraten, sondern konservative Kräfte führen, die Preissteigerungsraten noch höher sind.

Der deutsche Wähler ist nicht so dumm, als daß er nicht erkannt hätte, daß die Dämpfung der ärgerlichen Preissteigerungen, die wir nicht verharmlosen, ein weltweites Problem ist, das nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden kann. Erste ermutigende Schritte innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind eingeleitet. In unzähligen Versammlungen haben Sozialdemokraten den Bürgern die Zusammenhänge erläutert: Aufklärung - nie war sie so wertvoll wie heute! (-/14.11.1972/bgy/ex)

+ + +

800 Wissenschaftler bekennen sich zu Brandt

"Nur seine Regierung bietet Gewähr für Zukunftssicherung"

Die CDU/CSU hat den Versuch unternommen, aus dem eigenartigen "Abschied" Prof. Steinbuchs von der SPD Kapital zu schlagen und den Eindruck zu erwecken, als könnten vernünftige und einsichtige Bürger, insbesondere Wissenschaftler, Willy Brandt nicht länger stützen. Umso härter muss es daher die "Union" treffen, dass sich über 800 Mitarbeiter von Forschungseinrichtungen in einem Aufruf durch ihre Unterschrift zur SPD und zu Willy Brandt bekannt haben.

Zu den Forschungszentren, denen sie angehören, zählen so namhafte Institutionen wie das Institut für Plasmaphysik/Garching bei München, die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung/Neuherberg bei München, die Gesellschaft für Kernforschung/Karlsruhe, das Deutsche Krebsforschungszentrum/Heidelberg, die Kernforschungsanlage/Jülich, die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt/Porz-Wahn bei Köln, die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung/Birlinghoven bei Bonn, und die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt/Geesthacht bei Hamburg.

Die Unterzeichner, darunter Chemiker, Ingenieure, Mathematiker, Mediziner, Techniker und andere Mitarbeiter, heben an erster Stelle die Dringlichkeit hervor, mit der die Gemeinschaftsaufgaben fortgeführt werden müssen, vor allem die Beseitigung der Umweltschäden, die Behebung der Verkehrsmisere, die Verbesserung der Gesundheitsvorsorge sowie der Ausbau des Bildungssystems, nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Erwachsene.

Die Unterzeichner betonen, dass gerade die im Umkreis der Forschung Tätigen sich "dieser Probleme seit langem bewusst"

gewesen seien. Sie hätten aber in früheren Jahren hinnehmen müssen, "dass man diese nicht ernstlich anpackte". In der Tat: Als Willy Brandt sich 1961 für den "Blauen Himmel über der Ruhr" einsetzte, wurde er ausgelacht. Dabei hatten die Experten schon wesentlich früher gefordert, der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten.

Von den Leistungen der sozial-liberalen Koalition wird in dem Aufruf besonders die Schaffung einer ganz wesentlichen Voraussetzung zur Bewältigung dieser Probleme unterstrichen: "Erst die sozial-liberale Bundesregierung hat durch die von Bundeskanzler Brandt getragene, innere und äussere Sicherheit umfassende Friedenspolitik ermöglicht, dass auch die Probleme der Zukunftssicherung tatkräftig in Angriff genommen werden konnten." Die Unterzeichner fahren fort: "Die Lösung dieser Probleme konnte in den vergangenen drei Jahren nur begonnen, aber noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Jedoch dürfen das Erreichte und die Ziele nicht in Frage gestellt werden."

Der Aufruf schliesst daher mit den Worten: "... stimmen Sie bei der Wahl am 19. November 1972 für eine Fortführung der sozial-liberalen Regierung und schenken Sie Ihr Vertrauen Willy Brandt. Er und seine Regierung scheinen uns allein die Gewähr dafür zu bieten, dass die Qualität unseres Lebens auch morgen noch für uns alle erhalten bleibt."

Eckehart Ehrenberg
(-/14.11.1972/mäu/ex)

+ + +

Erfolge im Kampf an der Drogenfront

SPD-regierte Stadtstaaten leisten Schrittmacherdienste

Von Heinz Ruhnau

Innensenator der Freien und Hansestadt
Hamburg und Mitglied des SPD-Vorstands

Der Rauschmittelmißbrauch junger Leute in unserem Lande gehört noch nicht der Vergangenheit an. Wir stehen ihm jedoch auch nicht mehr rat- und hilflos gegenüber. Entschlossene Maßnahmen der Bundesregierung, der Länder und Gemeinden haben zu einem deutlichen Rückgang der Zahl junger Rauschmittelmißbraucher mindestens entscheidend beigetragen. Daß die Abnahme zunächst die leichten Fälle und nicht den Kreis der schwer Süchtigen betrifft, liegt in der Natur der Sache.

Wir haben uns in der Bundesrepublik bemüht, aus den Erfahrungen der Staaten zu lernen, die vor uns von der Drogenwelle erfaßt wurden. Deshalb sind wir von vornherein davon ausgegangen, daß man das Problem möglichst gleichzeitig von allen Seiten anpacken muß. Vor zwei Jahren hat die sozialliberale Bundesregierung Brandt/Schee ein umfassendes Programm gegen den Rauschmittelmißbrauch verkündet. Überall dort, wo der Bund nach dem Grundgesetz zuständig ist und die Verantwortung trägt, hat er tatkräftig gehandelt. Zu Anfang dieses Jahres wurde eine auf die besonders gefährdeten Altersgruppen zielende Aufklärungskampagne, die sich der besonders jugendspezifischen Medien bedient, mit Millionenkosten gestartet. Die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften gegen den Schmuggel, die illegale Herstellung und den illegalen Handel von Rauschmitteln wurden verstärkt.

Allein in diesem Jahr wendet der Bund auch eine halbe Million DM zur Förderung wichtiger Forschungsvorhaben auf. Eigene Beratungsstellen und Behandlungszentren für Drogenabhängige kann der Bund nach dem Grundgesetz nicht schaffen. Er hat aber schon 1971 eine Modellförderungsaktion für solche Einrichtungen ins Leben gerufen, in denen neue Methoden erprobt werden können. Für das erste Jahr hat der Bund 80 vH., für das zweite Jahr 50 vH. der Kosten übernommen, insgesamt bisher acht Millionen DM für über 60 Projekte. Erst durch diese Aktion sind in den meisten CDU-regierten Ländern

überhaupt nennenswerte Maßnahmen in Gang gekommen.

Auch die Polizei ist Ländersache. Die Innenminister haben auf diesem Gebiet im vergangenen Jahr viele grundlegende Verbesserungen in die Wege geleitet. Die Rauschgiftdienststellen wurden verstärkt, modernste technische Ausrüstungen beschafft und die überregionale Zusammenarbeit in der Praxis so eng gestaltet, als ob keine Ländergrenzen bestehen. Die Erfolge sind beachtlich. 1971 wurden 6.007 kg Haschisch, 61,7 kg Opium, 416 kg Morphinbase und 89.000 LSD-Trips beschlagnahmt. Die in Hamburg zuerst erprobte gemeinsame Fahndung von Polizei- und Zollkräften hat sich inzwischen auch an anderen Plätzen bewährt. Auf fast allen Gebieten haben die SPD-regiierten Stadtstaaten Schrittmacherdienste gegen den Rauschmittelmißbrauch geleistet. Allein Hamburg gibt im laufenden Jahr ohne Bundesmittel im Bereich von Behandlungen, Beratungen und Vorbeugung weit über zwei Millionen DM aus. Ein erheblicher Teil des Betrages fließt Einrichtungen freier Träger zu. Nachdem bereits neben mehreren Beratungsstellen sozialtherapeutische Einrichtungen für 100 Drogenabhängige geschaffen wurden, wird Anfang 1972 das Therapiesystem durch eine klinische Einrichtung ergänzt werden. Die Rauschmitteldienststelle der Hamburger Polizei ist mit über 50 Mitarbeitern die stärkste im Bundesgebiet. Mehrere hundert Vertrauenslehrer für Drogenfragen wurden für die Schulen ausgebildet.

Der Rückzug der Haschisch-Mitläufer und die Konzentration auf den stetig zunehmenden harten Kern der schwer Süchtigen verlagert die Schwerpunkte. Der Aufbau von Behandlungseinrichtungen ist im gesamten Bundesgebiet mehr ein personelles als ein finanzielles Problem. Es ist leicht, neue Einrichtungen und neue Planstellen zu fordern. Aber es ist schwierig, die dafür notwendigen Kräfte zu gewinnen, weil viele Angehörige der sozialen Berufe nicht bereit sind, sich der anstrengenden und enttäuschungsreichen Arbeit mit Drogenfällen zu widmen.

Wir dürfen und werden deshalb mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Wir müssen vor allem versuchen, die internationale Zusammenarbeit weiter zu verstärken. Der größte Teil des Drogenmißbrauchs entfällt auf Rauschmittel, die aus Pflanzen gewonnen werden. Wenn es gemeinsam mit den Regierungen der Erzeugerländer eines Tages gelingt, den illegalen Anbau dieser Pflanzen zu unterbinden, dann wären wir der endgültigen Lösung der Rauschmittelprobleme einen entscheidenden Schritt näher gekommen. (-/ 14.11.1972/bgy/ex)

Frauen bestehen auf ihrem Recht

Mehr weibliche Abgeordnete in den Bundestag

Von Annemarie Renger

Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses
der SPD und des SPD-Präsidiums

Das vor Wahlen übliche Rätselraten kann als abgeschlossen gelten, soweit es die Repräsentanz von Frauen im nächsten Deutschen Bundestag betrifft. Hier lassen sich die Ergebnisse ziemlich sicher voraussagen, ohne dabei die Demoskopien zu bemühen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß eines der Wahlziele vieler Bürger, und zwar von Frauen wie Männern und innerhalb wie außerhalb der Partei, daß "Mehr Frauen ins Parlament" entsandt werden sollen, wieder nicht erreicht werden kann.

Die amtliche Liste der Wahlbewerber für die Wahl zum VII. Deutschen Bundestag beweist, was Eingeweihte längst befürchtet haben. Um die 248 Wahlkreise in der Bundesrepublik bewerben sich 1.287 Kandidaten, unter ihnen 63 Frauen (5,1 vH.). Prozentual gesehen etwas günstiger stellt sich der Anteil von Frauen auf den Landeslisten: Dort bewerben sich 11,4 vH. oder 270 Kandidatinnen von insgesamt 2.284 Anwärtern um ein Bundestagsmandat.

Verglichen mit der Repräsentanz von Frauen im VI. Deutschen Bundestag (32 der 518 Abgeordneten waren Frauen, d.h. 6,2 vH.) würde es zwar eine erhebliche Verbesserung geben, wenn es nur um die Chancen der Frauen auf den Listenplätzen besser bestellt wäre. Denn daran vermögen auch einige rühmliche Ausnahmen wie etwa in Nordrhein-Westfalen, wo Kandidatinnen die Listenplätze drei, fünf und sechs, in Hessen den Platz drei und in Schleswig-Holstein den Platz vier besetzen, nichts zu ändern.

Diese wenig erfreuliche Bilanz gilt der Tendenz nach für Politikerinnen aller bisher im Bundestag vertretenen Parteien. Einen deutlichen Vorsprung konnten Sozialdemokratinnen jedoch im politischen Kampf um die Wahlkreise für sich verbuchen: Neun Direkt

kandidatinnen bei der SPD stehen zwei Kandidatinnen bei der CDU gegenüber; die CSU hat keiner Frau einen Wahlkreis eingeräumt.

Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß das schlechte Abschneiden der Frauen um Bundestagskandidaturen wohl niemanden zufriedenstellen kann. Es erübrigt sich aber auch ebenso sehr, bei der Suche nach den möglichen Ursachen nur auf die Frauen selbst und ihr mangelndes Interesse an politischer Mitarbeit zu verweisen. Dieses Argument ließe sich nämlich durch eine Reihe von Beispielen widerlegen, wo Frauen vergeblich um ihre Nominierung gekämpft haben. Es erübrigt sich ebenso darauf hinzuweisen, daß es nicht immer die bessere politische Qualifikation war, die letztlich den Ausschlag für die Nominierung eines männlichen Kandidaten gegeben hat.

Dies alles kann nicht länger stillschweigend akzeptiert oder mit zaghaft vorgebrachter Kritik geduldet werden. Daß sich hier vieles ändern muß, ist den Spitzengremien meiner Partei längst bekannt. Wie anders wären verschiedentlich erfolgte Appelle des Parteivorsitzenden sonst zu verstehen, mehr Frauen an aussichtsreicher Stelle zu nominieren? Sicherlich dürfte für das schlechte Abschneiden der Frauen die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß wegen der vorgezogenen Wahlen zum nächsten Bundestag die Frist zwischen diesen Appellen und der Kandidatenaufstellung zu kurz bemessen war, um die in den örtlichen Parteigremien erforderliche innerparteiliche Diskussion zu führen.

Um es nicht bei der "Kritik ins Leere" bewenden zu lassen, werden die Frauen innerhalb und außerhalb der Partei die Wahlergebnisse zum VII. Deutschen Bundestag genau analysieren. Die Arbeitsgemeinschaften Sozialdemokratischer Frauen werden sich damit zu beschäftigen haben und auf der nächsten Bundesfrauenkonferenz - also so früh wie möglich - ihre Forderungen nach einer angemessenen Repräsentanz im Parlament nicht nur anmelden, sondern wahrscheinlich durch gezielte Aktionen zu untermauern suchen. Der Kampf der Frauen um politische Gleichberechtigung wird in Zukunft schärfer geführt werden: Jeder vierte Aufnahmeantrag in die Sozialdemokratische Partei, der in diesem Jahr gestellt wurde, war schließlich von einer Frau unterschrieben!

Die Frauen werden sich nicht länger mit einer Außenseiterposition zufrieden geben, wenn es um die Verteilung von Mandaten geht. "Wir brauchen ihre Partnerschaft, auf die sie in der Politik das gleiche Recht haben wie in der Ehe, in der Familie und im Beruf", so hat es Bundeskanzler Willy Brandt auf dem Dortmunder Parteitag formuliert. Der Parteivorsitzende ließ aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß bis zu den nächsten Wahlen - in Bund und Ländern - noch wesentliche Korrekturen erfolgen müßten: "auch wenn sie gelegentlich auf Kosten des männlichen Egoismus gehen".

(-/14.11.1972/ks/ex)

Verbesserung der Qualität des Lebens

Weichenstellung für gesellschaftspolitische Reformen

Von Käte Strobel

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Gesellschaftspolitisches Ziel der Politik des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit war und ist es die Lebens- und Entwicklungschancen des Einzelnen zu verbessern sowie allen Menschen zu ermöglichen, daß sie gleichberechtigt an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken und damit zur Sicherung der Menschenwürde beitragen können. Unsere Jugendpolitik ist bestimmt von der Forderung nach mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten für junge Menschen - unsere Familienpolitik wird konzipiert vom Wohl des Kindes her - unsere Gesundheitspolitik umfaßt Schutz und Vorsorge für Pflege und Erhaltung der Gesundheit, bestmögliche Heilung und Hilfe bei Krankheit und Behinderung - unsere soziale Aufgabe ist die Mobilisierung und die gesetzliche Verantwortung von spezieller Hilfe für alle Menschen, die Hilfe besonders brauchen.

Drei Grundgedanken waren für die Jugendpolitik ausschlaggebend: 1/ Dialog mit der jungen Generation; 2/ mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für junge Menschen; und 3/ gesellschaftliche Hilfen für den heranwachsenden mündigen Bürger.

Mehr Mitbestimmung und dadurch zugleich mehr Mitverantwortung wurde für die jungen Menschen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gesichert. Den 18jährigen wurde das aktive Wahlrecht gegeben, die Wählbarkeit beginnt mit dem Volljährigkeitsalter. Die Bundesregierung legte außerdem den Entwurf eines Gesetzes zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters ebenfalls auf 18 Jahre vor und empfahl dabei die Anpassung aller vergleichbaren Altersgrenzen einschließlich der Herabsetzung der Ehemündigkeit des Mannes auf 18 Jahre.

Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des jugendlichen Arbeitnehmers wurden durch das neue Betriebsverfassungsgesetz beträchtlich ausgeweitet.

Im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und pädagogischen Bereich haben sich in den letzten Jahren tiefgreifende Wandlungen vollzogen. Der damit verbundenen, veränderten Situation der heutigen Jugend soll die Neufassung des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit Rechnung tragen. Nach gründlichen Vorarbeiten und unter reger Beteiligung der betroffenen Jugendlichen wurde ein Referentenentwurf erstellt.

Ein wichtiges Instrument zur Erfüllung der jugendpolitischen Ziele der Bundesregierung ist der Bundesjugendplan. Die Richtlinien

des Bundesjugendplanes wurden der Entwicklung der Jugendarbeit angepaßt, eine Reihe neuer Förderungsprogramme wurde eingefügt. In einem "Perspektivplan" zum Förderungssystem des Bundesjugendplans soll die Entwicklung der Bundesförderung für einen längeren Zeitraum überschaubar gemacht werden; das gilt sowohl für die Begründung und Zielsetzung dieser Förderung als auch für die inhaltliche, methodische und finanzielle Weiterentwicklung des Bundesjugendplans.

Eines der wichtigsten jugendpolitischen Reformvorhaben ist die Ablösung des bereits 50 Jahre alten Jugendwohlfahrtsgesetzes durch ein neues, zukunftsorientiertes Jugendhilfegesetz. Die von mir eingesetzte Jugendhilferichtskommission hat jetzt die Erarbeitung der Grundlagen für die Reform abgeschlossen. An die Stelle überholter Rechtsnormen soll ein modernes Leistungsgesetz mit klaren Rechtsansprüchen auf erzieherische Hilfen gesetzt werden. Das Gesetz soll jedem jungen Menschen einen subjektiven-öffentlichen Rechtsanspruch auf Erziehung und auf im einzelnen konkretisierte Leistungen der Jugendhilfe einräumen.

In der internationalen Jugendpolitik können wir neben einem kräftigen Ausbau des bilateralen Jugendaustausches und einer zunehmenden Qualifizierung der Begegnungsprogramme einen weiteren Erfolg verbuchen: Nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen in den zuständigen Gremien des Europarates haben die Außenminister der 17 Mitgliedstaaten am 15. Mai 1972 die Gründung des Europäischen Jugendwerks beschlossen.

Seit zwei Jahren ist das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit intensiv darum bemüht, die Hintergründe des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs durch Jugendliche aufzudecken, um die Maßnahmen gezielt auf die Ursachen richten zu können. Bei dem Drogenproblem handelt es sich um ein gesellschaftliches Phänomen, das ursächlich auf fehlende oder defekte Eltern-Kind-Beziehungen, auf Erziehungsfehler oder auf unbewältigte Entwicklungskrisen zurückzuführen ist. Neben den intensiven Bemühungen, die Hintergründe des Mißbrauchsverhaltens aufzudecken, hat die Bundesregierung ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs entwickelt. Unter anderem wurden die Strafen bei Verstößen gegen das Opiumgesetz drastisch erhöht, die Fahndungsmöglichkeiten durch den Zoll ausgebaut und eine breit angelegte Aufklärungskampagne gestartet. Mit weiteren vier Millionen DM wurde im letzten Jahr ein Großmodell mit 118 Einrichtungen gefördert, die der Beratung, Behandlung und Nachbehandlung drogengefährdeter und abhängiger Jugendlicher dienen.

Zwischen sinnvoller Mitbestimmung und verantwortungsvoller Mitwirkung auf der einen Seite und fundierter Schulbildung und qualifizierter Berufsausbildung auf der anderen besteht jedoch eine enge Wechselwirkung. Staat und Gesellschaft fällt dabei die Aufgabe zu, optimale Chancen für Erziehung und Bildung zu bieten. Einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit bildet das Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 1. Oktober 1971, das an die Stelle

des seit Juli 1970 geltenden Ausbildungsförderungsgesetzes und der bisherigen Modelle für Studienförderung trat. Nach diesem Gesetz hat jeder junge Mensch einen Rechtsanspruch auf die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildungskosten erforderlichen Mittel, soweit ihm diese anderweitig nicht zur Verfügung stehen.

Im Mittelpunkt: Das Kind

In der Familienpolitik wurde es höchste Zeit, die Richtlinien vom ideologischen Ballast zu befreien und der veränderten gesellschaftlichen Situation anzupassen. Die familienpolitischen Überlegungen und Maßnahmen stützen sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahre, die erneut die Bedeutung der Erziehung innerhalb der Familie für die Entwicklung eines Kindes bestätigt haben. Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie und Sicherung der ökonomischen Grundlagen sind deshalb Schwerpunkte unserer Familienpolitik. Besonders wichtig ist ein ausreichendes Angebot an Erziehungseinrichtungen im Elementarbereich, um der Benachteiligung von Kindern bestimmter Berufs- und Bildungsschichten entgegenzuwirken. Die Bundesregierung hat sich in den letzten drei Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, daß der Elementarerziehung Prioritäten in der Bildungsplanung der Bund-Länder-Kommission gegeben wurden.

Die Kosten für eine optimale Erziehung der Kinder darf nicht allein den Eltern aufgebürdet werden. Aufgabe der Gesellschaft ist es, zur Sicherung der ökonomischen Grundlagen beizutragen. Nach sechsjähriger Stagnation hat die Bundesregierung 1970 eine Verbesserung des Kindergeldes veranlaßt. Der Kindergeldsatz wurde für das dritte Kind von 50 auf 60 DM erhöht, die Einkommensgrenze auf Gewährung von Zweitkindergeld für Familien mit zwei Kindern wurde 1971 von 550 DM auf 1.100 DM monatlich, im Januar 1972 auf 1.250 DM monatlich angehoben. Die Art der von früheren Regierungen und Parlamentsmehrheiten gestaltete Kindergeldregelung plus zusätzliche Steuervergünstigung benachteiligen jedoch Familien, die wegen ihres geringen Einkommens die Steuerfreibeträge oft gar nicht oder nicht voll ausschöpfen können. Wichtigste familienpolitische Aufgabe in der VII. Legislaturperiode wird deshalb die Verabschiedung der Reform des Familienlastenausgleichs sein. Die von uns vorgeschlagene Reform sieht eine einheitliche Regelung in Form eines Kindergeldes für alle Familien und ab erstem Kind vor.

Ehefeindlich wirkten sich die sozial- und beamtenrechtlichen Vorschriften aus, nach denen Kindergeld, Kinderzuschläge und ähnliche Leistungen gestrichen wurden, wenn der Bezieher eine Ehe einging. Seit 1. Januar 1971 erhalten in der Ausbildung Befindliche diese Leistung auch dann weiter, wenn sie verheiratet sind.

Gesundheitsschutz und Gesundheitsvorsorge

Gesundheitspolitik kann und darf sich nicht auf die Sorge für kranke und behinderte Menschen beschränken. Gleichrangig muß sie

sagen durch Verschärfung der Bestimmungen über irreführende Angaben sowie durch Vorschriften für die Werbung bei Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen und Kosmetika. Weitere Schwerpunkte dieser Reform sind die Erweiterung der Schutzvorschriften für die Verwendung pharmakologisch wirksamer Substanzen und die Einbeziehung von Bedarfsgegenständen - wie Waschmittel, Reinigungsmittel und Sprays - in die Schutzbestimmungen.

Der erstmalig von einer Bundesregierung 1970 vorgelegte Gesundheitsbericht und unsere Aktivität im Bereich der Gesundheitsbildung haben wesentlich dazu beigetragen, das Gesundheitsbewusstsein der Menschen zu stärken, der Gesundheitspolitik den Rang zu geben, den sie verdient und die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Reformen in der Gesundheitspolitik in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Im Vordergrund der Arbeit im Bereich der Sozialhilfe und Sozialarbeit steht die Verbesserung und Intensivierung der Leistungen für diejenigen Mitbürger, die auf die soziale Hilfe der Allgemeinheit angewiesen sind. Der Entwurf für ein drittes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes, der dem Bundestag vorliegt, soll das Sozialhilferecht an die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung anpassen. Es geht dabei vor allem um eine Eingliederungshilfe für Behinderte, um stärkere Hilfe für Sozialgefährdete, um die Anhebung und Erweiterung der für die Hilfe in besonderen Lebenslagen geltenden Einkommensgrenze und um eine Einschränkung der Heranziehung von Personen, die dem Hilfeempfänger zum Unterhalt verpflichtet sind. Außerdem soll die Sozialhilfe durch laufende Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung dynamisiert werden.

Im Rahmen der Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen für die ältere Generation sind Modelleinrichtungen entstanden und Modellmaßnahmen durchgeführt, eine Reihe von gerontologischen Forschungsvorhaben gefördert worden und die Schriftenreihe "Ratgeber für ältere Mitbürger" entstanden. Das dem Bundesrat eingebrachte Altenheimgesetz wurde von uns mit erarbeitet.

Diese Bilanz stellt verständlicherweise nur einen kleinen Überblick der Fülle von Aufgaben und Vorhaben dar, die von mir als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in der sozialliberalen Koalition in Angriff genommen und größtenteils auch schon zu Ende gebracht worden sind. Das Ziel, die Qualität des Lebens zu verbessern, kann nicht von heute auf morgen erreicht werden. Wir haben aber beachtliche Schritte auf diesem Weg zurückgelegt und so die Richtung bestimmt, in der gesellschaftspolitisch notwendig gewordene Reformen verwirklicht werden können. (-/14.11.1972/ks/ex)